

Nummer 6 - August 2008

ATTACTUELL

DIE DEUTSCHSPRACHIGE ZEITUNG VON ATTAC SCHWEIZ

Herausgegeben von: attac schweiz, rue des Savoises 15, 1205 Genf, www.schweiz.attac.org

5.-7. September: Alle an die Sommeruni 2008!

SYSTEM IN DER KRISE

Auswege aus der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Sackgasse



Einladung zur 9. Jahresversammlung von attac schweiz: Sonntag, 7. September 2008

Die Versammlung findet statt im Rahmen der dreitägigen Sommerakademie in Bern. Diese widmet sich mit einem hochkarätigen Programm und bekannten Rednerinnen und Rednern vier Aspekten der Krise des Kapitalismus. Nähere Informationen und das Programm findet Ihr in dieser Nummer von attactuell und auf www.sommeruni2008.ch. Dort ist auch die Anmeldung online möglich.

Wir blicken auf ein ereignisreiches politisches Jahr zurück. Es war zur Kenntnis zu nehmen, dass zu Gunsten der Thematisierung von SVP-Befindlichkeiten als zentralem politischem Thema weiterhin freudig Inhalte abgebaut werden. Auch die neue Regierungszusammensetzung ändert rein gar nichts an der neoliberalen Politik, die dieses Land prägt. Für attac besonders schmerzlich: Die knappe Niederlage beim Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform.

Doch es gab auch Grund zur Freude. Das medial weitbeachtete, ausgesprochen professionelle Engagement der Steuergruppe etwa. Oder das erfolgreiche Andere Davos in Zürich mit Jean Ziegler, Susan George, Rita Schiavi und Christian Felber.

Wir haben uns auch im letzten attac-Jahr ein weiteres Stückchen für eine gerechtere Globalisierung und letztlich eine andere Welt eingesetzt. Dass das nicht alle gut finden, ist klar. Der Nestléskandal zeigt nun in neuer Dringlichkeit die Dimension der staatlichen und parastaatlichen Kontrolle, der wir ausgesetzt sind. Eine Securitas-Agentin hat sich nach dem G-8-Gipfel in Evian 2003 während mehr als einem Jahr unter falscher Identität in eine Arbeitsgruppe von attac Waadt eingeschleust. Das ganze im Wissen der Behörden! Gegen solcherlei ist umfassende Abgrenzung notwendig. Es wird noch darüber zu reden sein, auch an der Jahresversammlung. Einstweilen entnehmt Ihr weitere Informationen bitte unserer Homepage: www.attac.ch.

Einreichen von Anträgen für die Jahresversammlung:

- Anträge bzw. Motionen können von attac-Sektionen oder Mitgliedern eingereicht werden und werden auf der Homepage publiziert.
- Ergänzungs- bzw. Abänderungsanträge können bis am 1. September eingegeben werden.
- Die Dokumente sollten uns nach Möglichkeit per E-Mail, an suisse@attac.org, gesandt werden. Alternativ postalisch an: Attac Suisse, rue des Savoises 15, 1205 Genève.

Provisorisches Programm/Traktanden

9.30 - 10.00: Begrüssung; politische Bilanz des attac-Jahres

10.00 - 11.00: Bericht über Aktivitäten; Jahresrechnung und Budget

11.00 - 12.00: Diskussion und Verabschiedung von Anträgen; Handlungsperspektiven

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Erscheinen!

Die Koordination von attac

>>> System in der Krise: Auswege aus der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Sackgasse >>>

Dieses Jahr findet die Sommeruniversität von attac schweiz in Bern statt. In diesem Rahmen wird auch die Jahresversammlung durchgeführt. Die vorliegende Nummer von attactuell bringt Texte diverser RednerInnen. Alle Interessierten sind willkommen! Programm, praktische Infos und Anmeldung: http://www.sommeruni2008.ch.

Das Klima spielt verrückt und treibt die Herrschenden dieser Welt zu kranken Lösungen. Die Nahrungsmittel sollen nun nicht nur die Bäuche, sondern auch die Tänke der reichen Minderheit im Norden füllen! Durch die Bankenkrise mit ihren Milliardenverlusten und „faulen" Krediten entdecken die Spekulanten jetzt die Nahrungsmittel als sicheren Wert und heizen die tödliche Maschinerie weiter an. Schon gibt es Hungerrevolten. Währenddessen foutieren sich die Eliten immer mehr um den sozialen Ausgleich. Die obersten Chefs belohnen sich selbst mit Millionengehältern und zügeln diese in Steuerparadiese, während der Anteil der Working Poor und SozialhilfeempfängerInnen zunimmt. Die Umverteilung von arm zu reich ist in vollem Gang und wird medial unterstützt. Die Reichen und Schönen werden glamourös gefeiert, während Arme und Ausgegrenzte verteufelt und kriminialisiert werden... Geits no?!

An der Sommeruni 2008 befassen wir uns mit den ideologischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten der aktuellen Systemkrise. Wir diskutieren Alternativen und konkrete Handlungsmöglichkeiten. Denn Auswege aus der Sackgasse sind vorhanden!

>>> Sommeruni 2008: Konferenzen und Workshops >>>

Freitag, 5.9.08 16h Dogmakrise? Neoliberale Ideologie und alternative Modelle Der Neoliberalismus hat das wirtschaftliche und politische Geschehen der letzten Jahrzehnte weltweit geprägt. Was ist Neoliberalismus und wie ist er entstanden? Was können wir daraus lernen? Und welche alternativen Modelle sind denkbar? Mit Bernhard Walpen und Beat Ringger.

19.30h System in der Krise – feministische Perspektiven Was macht das Patriarchat eigentlich heute? Wie geht es den Frauen? Hat sich mit der neoliberalen Globalisierung etwas verändert? Was sagen junge Feministinnen? Und welche Alternativen können aus feministischer Perspektive entwickelt werden? Mit Christa Wichterich, Sarah Schilliger, Michela Bovolenta und Rahel Ruch.

****

Samstag, 6.9.08 9.15h Wirtschaftliche, soziale und ökologische Krisen. Einführung in die Workshops

10 h Workshops 1. Teil:

Workshop 1: Finanzkrise: «Klassische» kapitalistische Krise ? Die negativen Schlagzeilen aus der Finanzwelt nehmen nicht ab. Inwiefern können die immer wieder auftretenden Finanzkrisen als klassische Krisen des Kapitalismus bezeichnet werden? Mit Charles-André Udry.

Workshop 2: Krise des Sozialstaats? Im Kontext der neoliberalen Politik der letzten zwanzig Jahre wurde in vielen Ländern eine Sozialpolitik durchgesetzt, die als „Bestrafung für abweichendes und amoralisches Verhalten" beschrieben werden kann. Wie kam dieser Siegeszug des „Workfare" zustande und was sind die Konsequenzen? Welche Alternativen gibt es? Mit Kurt Wyss und Carola Togni.

Workshop 3: Lebensmittelkrise und Ernährungssouveränität Die Preise für Lebensmittel explodieren und treiben immer mehr Menschen in den Hunger. Was sind die Ursachen und welche Lösungen existieren? Mit Valentina Hemmeler und Aurélie Trouvé.

14h Workshops 2. Teil:

Workshop 4: Finanzkrise, Spekulation und Steuerpolitik Sie werden auch Heuschrecken des Kapitalismus genannt: Hedge Fonds. Worum geht es? Was haben die Pensionskassen damit zu tun? Was sind die Zusammenhänge zwischen Steuerpolitik, Spekulationen und Finanzkrisen? Und was können wir tun? Mit Oliver Fahrni und Roman Künzler.

Workshop 5: Soziale Krise und neue Formen der Solidarität Die sozialen Auseinandersetzungen spitzen sich auch in der Schweiz zu. Welche neue Formen von Solidarität sind heute gefragt? Vertreter des SBB-Cargo-Streiks in Bellinzona berichten von ihren Erfahrungen. Mit Gianni Frizzo und Matteo Pronzini.

Workshop 6: Energiekrise: Agrotreibstoffe als Alternativen? Die Begrenztheit der fossilen Energiequellen und die mit der - heute von neuem propagierten -Atomenergie verbundenen Gefahren werfen die Frage nach alternativen Energiequellen auf. Intensiv gefördert werden z.B. Agrotreibstoffe. Ist das sinnvoll? Welche anderen Alternativen gibt es? Mit Stephan Suhner.

17h Nestlé-Skandal und Angriff auf die Grundrechte Der Nestlé-Skandal stellt die Frage nach dem Schnüffelstaat neu. Was bewirkt die zunehmende Privatisierung der Sicherheitsdienste? Und wie gehen wir mit der schleichenden Privatisierung des öffentlichen Raumes und den heutigen Angriffen auf unsere Grundrechte um? Mit Catherine Weber und Béatrice Schmid.

21.30h Fest 10 Jahre ATTAC im Frauenraum der Reitschule

****

Sonntag, 7.9.08 10 h Jahresversammlung ATTAC Schweiz

14h Bewegung in der Krise? Attac feiert ihr 10 jähriges Bestehen. Wie hat alles angefangen, wo stehen wir heute und wie wird unsere Zukunft aussehen? Zahlreiche Studien wurden schon über Attac verfasst – wie werden wir von aussen wahrgenommen? Wir diskutieren mit dem Verfasser einer Studie, Marko Bandler.

Eine andere Welt ist möglich!

>>> Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral >>>

Am Freitag Abend, 5. September findet im Rahmen der Sommeruni ein Podium zu feministischen Perspektiven statt. Neben drei weiteren RednerInnen wird Christa Wichterich, profilierte Autorin von Beiträgen zu Globalisierung und Frauen und aktiv bei attac Deutschland, die Diskussion einleiten. Wir drucken hier einen Ausschnitt aus dem Vorwort ihres Buches «Femme global - Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral» (VSA-Verlag Hamburg, Reihe AttacBasisTexte) ab.

Ohne feministische Globalisierungskritik bleiben die Herrschaftskritik und die emanzipatorischen Ansprüche globalisierungskritischer Bewegungen nicht nur unvollständig, sondern geraten auf eine falsche Bahn. Da die Globalisierungsanalyse seit Mitte der 1990er Jahre wieder einmal den Mann als den universellen Gattungsmenschen unterstellte, ging es feministischer Globalisierungskritik als erstes um das Sichtbarmachen von Frauen in diesen Prozessen und um den Nachweis geschlechtsspezifischer Unterschiede. Dabei wurde immer deutlicher, dass Globalisierungsprozesse von Anfang an und strukturell geschlechtlich kodierte Prozesse sind. Sie haben nicht nur unterschiedliche Auswirkungen auf Männer und Frauen. Vielmehr realisieren sie sich über die Geschlechterordnung und krempeln dabei Geschlechterbeziehungen und die praktizierten Formen von Männlichkeit und Weiblichkeit um.

Feministische Fragestellungen präzisieren die Analyse der neoliberalen Globalisierung und führen zu anders akzentuierten Perspektiven und Alternativen:

- Feministische Globalisierungskritik will die Geschlechterneutralität der Globalisierung enttarnen und alte und neue Ungleichheits- und Ungerechtigkeitsstrukturen zwischen Frauen und Männern aufspüren.

- Sie will die Verschränkung von Neoliberalismus und patriarchalen Strukturen, von Gesellschafts-, Weltwirtschafts- und Geschlechterordnungen dekonstruieren.

- Ihr liegt ein ganzheitliches Wissenschaftskonzept zugrunde, sodass sie einzelne Bereiche individuellen und gesellschaftlichen Handelns in ihrem jeweiligen breiten Kontext betrachtet.

- Sie ankert in dem erweiterten Politikverständnis der zweiten Frauenbewegung: «Das Private ist politisch». Geschlechterverhältnisse sind ein Politikum, d.h. gesellschaftlich konstruiert, verhandelbar und veränderbar.

- Zentraler Baustein feministischer Globalisierungskritik ist feministische Ökonomie, die das Gesamt von Arbeit und Wirtschaft - den Zusammenhang von Reproduktion und Produktion, unbezahlter und bezahlter Arbeit, Markt- und Sorgeökonomie - ins Zentrum stellt.

- Dabei muss feministische Globalisierungskritik über frühere Ansätze feministischer Gesellschaftskritik hinausgehen und deren Fehler vermeiden.

- Westliche Frauenbewegungen unterstellten Frauen qua biologischem Geschlecht und gesellschaftlicher Rollenzuweisung als eine homogene Interessengruppe mit einer kollektiven Identität. Diese essentialistische Herangehensweise wurde seit Anfang der 1980er Jahre vor allem von schwarzen Frauen und Migrantinnen kritisiert. Die soziale Kategorie Geschlecht darf nicht von anderen Kategorien wie Klasse, Ethnie, Religion, Alter, sexuelle Orientierung usw. abgelöst, sondern die wechselseitigen Bezüge und Überschneidungen müssen aufgearbeitet werden. Der feministische Fokus auf ungleiche Geschlechterverhältnisse darf nicht dazu führen, dass andere soziale Bestimmungskategorien ausgeblendet werden, die quer zur Kategorie Geschlecht liegen und sie in ihrer Bedeutung oft überlagern.

- In der Vergangenheit haben Feministinnen vor allem die gesellschaftlichen Strukturen von Geschlechterungleichheit, von Gewalt gegen Frauen und ihre Diskriminierung beleuchtet. In jüngster Zeit rückten dagegen Theoretikerinnen die Subjektivitäten und Identitäten in den Vordergrund. Die Analyse muss eine Balance zwischen der strukturellen und der subjektiven Seite von Wirklichkeit und von gesellschaftlichen Praktiken finden.

- Feministische Gesellschaftskritik trat mit dem Anspruch an, die weltweite Kultur des Schweigens über Unrecht und Gewalt gegen Frauen zu brechen und geschlechtsspezifische Ungleichheit und Ungerechtigkeiten sichtbar zu machen. Dabei darf sie jedoch einerseits nicht unterstellen, dass alle Frauen Opfer sind oder alle gleichermassen Opfer sind. Andererseits darf Kritik an Herrschaft, Gewalt und Diskriminierung Frauen nicht in eine ewige Opferrolle befördern. Vielmehr müssen Frauen gleichzeitig als Subjekte, als Akteurinnen und auch als Widerständige sichtbar gemacht werden.

Christa Wichterich

>>> Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung >>>

Michela Bovolenta ist Frauensekretärin bei der Gewerkschaft VPOD und wird am Freitagspodium zu feministischen Perspektiven an der Sommeruni dabei sein. Wir drucken eine Kolumne von ihr ab, die in der VPOD-Zeitung von Juni 2008 erschienen ist.

Im April wurde ich für den Einsitz in einem gewerkschaftlichen Gremium angefragt. Tagungstermin: Mittwoch – der Tag, der bisher für meine Kinder reserviert war. Obwohl ich skeptisch war, habe ich die Krippenleiterin angefragt, ob sie meine Kids auch am Mittwoch betreuen könnte. Leider nein, sagte diese, sie sei total ausgebucht. Möglicherweise – versprechen könne sie allerdings nichts – lasse sich auf Herbst 2009 etwas machen. Im besten Fall also dauert es anderthalb Jahre, bis ich den Umfang der Betreuung meiner Kinder ausweiten kann! Die Geschichte bestätigt vor allem eines: Wie unbefriedigend die Situation hinsichtlich der familienergänzenden Kinderbetreuung noch immer ist. Die Einrichtungen sind voll, Plätze Mangelware.

Um die Chance auf einen Betreuungsplatz zu bekommen, setzen viele Eltern ihr Baby lang vor dessen Erscheinen auf eine Warteliste. Dort bleibt es dann auch nach dem Ende des Mutterschaftsurlaubs noch viele Monate. Die Eltern jonglieren in dieser Zeit. Normalerweise senkt Mama den Beschäftigungsumfang. Bei Papa geht das nicht – sein Arbeitgeber ist dagegen. Ausserdem würde das Familieneinkommen dann allzu stark schrumpfen. Also kommt die Oma einmal die Woche. Für die restliche Zeit wird eine Tagesmutter engagiert. Und im Notfall springt zum Glück Tante Yvonne ein. So schlägt man sich durch, besser oder schlechter, je nachdem, ob man auf familieneigene Verstärkung zählen kann oder nicht.

Im Allgemeinen sind es Frauen, welche die Betreuung der Kinder übernehmen, als gänzlich oder als Beinahe-Freiwillige (denn das, was eine Tagesmutter verdient, kann nicht wirklich als Lohn bezeichnet werden). Doch das System hat seine Grenzen. Wenn das zweite Kind kommt, wenn die Tagesmutter wegzieht oder wenn die Grossmutter gesundheitliche Probleme bekommt, droht das ganze Gefüge auseinanderzubrechen. Trotz aller Anstrengungen und Sonntagsreden: Es gibt noch immer zu wenig Betreuungsplätze. Zwar hat die Zahl der Frauen, die nach der Geburt eines Kindes berufstätig bleiben, stark zugenommen. Aber die Entwicklung der Tagesbetreuung hat damit nicht Schritt gehalten. Wirtschaft und Politik, die sich den Forderungen gegenüber lange taub gestellt haben, bewegen sich nun immerhin. Sie wollen jetzt mehr Plätze, aber ohne dafür mehr Mittel aufzuwenden. Wir vom vpod widersetzen uns dieser Logik und machen uns auch bei der Kinderbetreuung stark für einen Service public mit Qualität – sowohl bei der Betreuung als auch bei den Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

Michela Bovolenta

>>> Militarisierung und Männlichkeitskonzepte >>>

Rahel Ruch, aktiv bei der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA, wird an der Sommeruni am Podium über feministische Perspektiven vom Freitag Abend, 5. September, sprechen. Wir drucken hier einen älteren Beitrag von ihr ab, nämlich ihre Rede an der Pressekonferenz zum Berner Ostermarsch 2005. Sie thematisiert den Zusammenhang von Gewalt gegen Frauen und Krieg.

Stoppt Gewalt gegen Frauen

Gestern war der 20. März 2005. Genau zwei Jahre nach dem offiziellen Kriegsbeginn des amerikanischen Präventivkriegs gegen den Irak. Vor zwei Jahren gingen Tausende von Menschen auf die Strasse, eine Anti-Kriegs Bewegung wurde hochgejubelt, ja selbst die Jugend schien plötzlich politisch. Diese Bewegung hat einen grossen Teil auch der in der Schweiz lebenden Personen erfasst. Und jetzt, 2 Jahre danach? MancheR fragt, wo denn diese Friedensbewegung geblieben sei und beklagt, dass von der Kampfbereitschaft, der Entrüstung von damals heute nichts mehr zu spüren sei. Doch auch wenn heute nicht mehr Zehntausende auf der Strasse stehen, hat diese Bewegung etwas verändert. Sie hat Menschen für Ungerechtigkeiten sensibilisiert, sie hat auch die globalisierungskritische Bewegung gestärkt. Und sie hat Jugendliche politisiert.

Ein sichtbares, wichtiges Überbleibsel ist der Ostermarsch. Ebenfalls vor zwei Jahren haben wir diese traditionelle Protestform wieder aufleben lassen und dieses Jahr findet schon der dritte Marsch statt. Ostermärsche hatten immer einen friedenspolitischen Fokus, griffen aber zusätzlich oft brisante Inhalte auf. Wir haben in den letzten Jahren versucht, die Themen des Marsches zu erweitern. Nun starten wir mit dem Motto «Stoppt Gewalt gegen Frauen».
Ein Thema, das leider nichts von seiner Aktualität verloren hat, im Gegenteil, immer wieder aufgegriffen werden muss, um Diskriminierungen unübersehbar aufzuzeigen. Gewalt gegen Frauen existiert in vielen verschiedenen Facetten. In der Schweiz sterben jährlich 40 Frauen an den Folgen häuslicher Gewalt. Erst jetzt wird diese Art von Gewalt als gesellschaftliches Problem anerkannt und nicht als Privatsache abgetan. Seit letztem Jahr wird häusliche Gewalt als Offizialsdelikt verfolgt und die Öffentlichkeit sensibilisiert. Noch immer wird sie aber verharmlost und noch viel zu selten im Zusammenhang mit fehlender Gleichberechtigung gesehen.

Strukturelle Gewalt wendet sich am häufigsten gegen Frauen, Beispiele dafür gibt es auch in der Schweiz genügend. Denken wir nur an Lohnungleichheit, gläserne Decken oder die Vertretung der Frauen in politischen Gremien. Frauen werden herabgesetzt, diskriminiert, lächerlich gemacht, verletzt, umgebracht und vergewaltigt in einem System, das auf einem bestimmten Männlichkeitskonzept aufbaut. Eine Männlichkeitskonstruktion, welche die moralischen Prinzipien

>>> Hausarbeit - nach wie vor ein feministisches Politikum >>>

Die Soziologin Sarah Schilliger ist eine der Rednerinnen am Podium zu feministischen Perspektiven im Rahmen der Sommeruni, zusammen mit Christa Wichterich, Rahel Ruch und der Gewerkschafterin Michela Bovolenta. Wir veröffentlichen hier den Anfang ihres Beitrags «Moderne Dienstmädchen: Postfeministisches Arrangement der alten 'Hausarbeitsfrage'?», der in der Zeitschrift Debatte erscheinen wird.

„Das Private ist politisch!" lautete die Kampfansage der 68er Bewegung gegen die erstarrten patriarchalen Machtverhältnisse. Dies hiess nicht etwa, für den permanenten Beziehungskrach einzutreten, sondern ihn – ausgehend von den persönlichen Erfahrungen – öffentlich zu machen. Die Unterdrückung im Privatleben sollte nicht nur als privat begriffen werden, sondern als ökonomisch und politisch bedingt. In den 70er Jahren war die Diskussion um die Hausarbeit ein zentraler Bestandteil des politischen Kampfes wie auch der theoretischen Auseinandersetzungen der neuen Frauenbewegung. Frau trug die Politik in die Tiefen des Alltags: Die «Reproduktionsarbeit» wurde als Angelpunkt der Unterdrückung von Frauen und als Ausgangspunkt feministischer Politik begriffen. Fragen nach der von Frauen geleisteten bezahlten und unbezahlten Arbeit und ihrer Bedeutung für die Aufrechterhaltung der patriarchalen und kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse standen dabei im Zentrum. Auch stellte frau eine unmittelbare Verbindung zwischen ihrer Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt und der vorherrschenden Arbeitsteilung in der Familie her, indem sie aufzeigte, dass sich beide Aspekte gegenseitig bedingen und stabilisieren.

Seither sind die Geschlechterverhältnisse in Bewegung gekommen – nicht zuletzt durch den Bedarf der Wirtschaft an weiblichen Arbeitskräften: Die Erwerbsquote von Frauen stieg in den letzten Jahrzehnten stetig an, inzwischen gehen 74% der Frauen einer bezahlten Arbeit nach. Das bürgerliche Ideal des «Hausfrauenmodells» scheint an Bedeutung verloren zu haben. Lebten 1970 noch rund drei Viertel aller Paarhaushalte mit Kindern unter sieben Jahren gemäss dem Modell eines Vollzeit erwerbstätigen Vaters und einer nicht erwerbstätigen Mutter, waren es 1990 noch gut 60% und im Jahr 2000 nur noch 37%. Das Nurhausfrauendasein ist längst nicht mehr das gesellschaftliche Leitbild, die geschlechtlichen Rollenbilder haben sich stark gewandelt: (Fast) niemand will die Frauen zurück an den Herd drängen.

Zementierte geschlechtliche Arbeitsteilung

Die Verteilung der Hausarbeit wird sich durch die höhere Erwerbstätigkeit der Frauen ausgleichen – dies hoffte vor 50 Jahren Iris von Roten in ihrem Buch «Frauen im Laufgitter» (1958). Hat sich diese Hoffnung bewahrheitet? Die Zahlen sind auch vier Jahrzehnte nach Beginn der neuen Frauenbewegung ernüchternd: Das Ende des bürgerlichen «Hausfrauenmodells» bedeutet bei weitem nicht ein Ende der Haus(frauen)arbeit. Bei einigen Paaren mag es durchaus zu grossen Umverteilungsprozessen der Arbeit zwischen den Geschlechtern gekommen sein. Für die grosse Masse gilt aber weiterhin, dass die Care-Tätigkeiten – die Sorge dafür, dass zu Hause alles läuft und weiterläuft – primär von Frauen erledigt werden; gratis, wenig anerkannt und meist unsichtbar. Bei 85% aller Paare übernimmt die Frau mehr als 60% der Care-Tätigkeiten. Eine partnerschaftliche Aufteilung wird nur in 11% der Haushalte praktiziert, wo sich beide zu mindestens 40% an der Haus- und Familienarbeit beteiligen. Der Wandel der Geschlechterrollen ist also asymmetrisch verlaufen: Zwar sind die weiblichen Biographien vermehrt durch Erwerbsarbeit geprägt, umgekehrt haben bei den männlichen Biographien die Care-Tätigkeiten im Haushalt jedoch nur beschränkt an Bedeutung gewonnen. Als modernisierte Form der bürgerlichen Versorgerehe gilt die «Eineinhalb-Einkommen-Familie» – mit der Frau als Zuverdienerin und immer noch Hauptverantwortlichen für die Haus- und Familienarbeit. Die traditionelle Arbeitsteilung im Haushalt bleibt ein harter Kern der Geschlechterungleichheit und hat zudem weitreichende Konsequenzen auf die Situation der Frauen im Erwerbsleben.

Sarah Schilliger



---

abwertet und Macht und Gier als erstrebenswert hinstellt. Die Unterdrückung der sozial tiefer gestellten Menschen wird durch die Diskrepanz zwischen den Geschlechtern gefestigt, ohne das Patriarchat wäre die profitorientierte Unterdrückung undenkbar.

Dieses Bild von Männlichkeit hängt sehr stark mit der Militarisierung zusammen. Vergewaltigungen werden in dieser Sicht zur Kriegsstrategie, zur Erniedrigung des Feindes, mann greift dessen «Eigentum», die Frau, an. Das ist auch bei Auslandeinsätzen der Armee ähnlich. Nach Forschungen von Amnesty International floriert der Frauenhandel im Kosovo seit der Installation internationaler Truppen, Bordelle haben Zulauf und ansässige Männer werden im Machismo bestätigt. Anstatt in Kriegsgebieten Friedensprojekte und Menschenrechtsinitiativen zu fördern, stellen der Westen und auch die Schweiz für die örtlichen Probleme wenig sensible Militaristen ins Land und glauben, damit sei den Armen und Schwachen geholfen.

Vielmehr braucht es geschlechtergerechte Strategien, die sich ernsthaft mit zivilen Projekten um Frieden bemühen und nicht machtpolitischen Interessen einiger Supermächte dienen.

Mit dem Ostermarsch möchten wir auch dieses Jahr wieder ein Zeichen dafür setzen, dass wir nicht einverstanden sind, dass wir weiterkämpfen, dass wir an eine andere Welt glauben.

Rahel Ruch

>>> Ernährungssouveränität - Was ist das? >>>

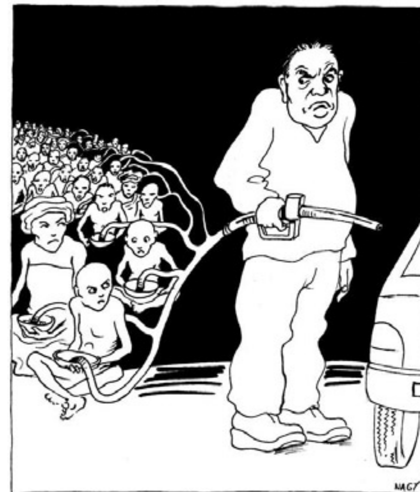
Der Workshop «Lebensmittelkrise und Ernährungssouveränität» an der Sommeruni hat die explodierenden Lebensmittelpreise und die Gründe dafür zum Thema. Valentina Hemmeler, Expertin der Organisation «Uniterre - Für eine nachhaltige Landwirtschaft», wird das Thema präsentieren. Wir drucken hier ein Statement von uniterre zu Ernährungssouveränität ab.

Was ist Ernährungssouveränität?

Ernährungssouveränität ist das RECHT einer Bevölkerung, einer Region oder eines Landes, eine eigene Landwirtschafts- und Ernährungspolitik festzulegen, ohne Preisdumping gegenüber Drittländern.

Ernährungssouveränität umschliesst folgende Aspekte:

- Prioritär sind die lokale landwirtschaftliche Produktion zur Ernährung der Bevölkerung sowie der Zugang der Bäuerinnen und Bauern und der Landlosen zu Wasser, Saatgut und Krediten. Notwendig sind daher Landreformen, der Kampf gegen gentechnisch veränderte Organismen und für freien Zugang zu Saatgut sowie für die Beibehaltung von Wasser als öffentliches Gut, das nachhaltig verteilt werden muss.
- Das Recht der Bäuerinnen und Bauern, Lebensmittel zu produzieren, und das Recht der Konsumentinnen und Konsumenten, darüber zu entscheiden, was sie essen wollen und von wem und unter welchen Umständen die Lebensmittel produziert werden sollen.
- Das Recht der Staaten, sich gegen landwirtschaftliche Importe zu Niedrigpreisen zu schützen.
- Preise für Agrarprodukte, die mit den Produktionskosten korrelieren. Dies ist möglich, sofern die Staaten und Staatenverbände das Recht haben, Importe zu Tiefstpreisen mit Zöllen zu belegen und sich gleichzeitig für eine nachhaltige bäuerliche Produktion einsetzen sowie die Produktion im Inland unter Kontrolle halten, um strukturelle Überschüsse zu vermeiden.
- Teilnahme der Bevölkerung an den Entscheidungen über Landwirtschaftspolitik.
- Anerkennung der Rechte der Bäuerinnen, die eine zentrale Rolle für die Agrarproduktion und die Ernährung spielen.



Vertiefte Informationen
und Aktuelles auf:
http://www.uniterre.ch

>>> Agrotreibstoffe und die Schweiz >>>

Agrotreibstoffe sind zu einem Modethema geworden, viel und kontrovers wurde über die Umweltbilanz und die Folgen der massiven Verwendung von «Bio»-Treibstoffen für die menschliche Ernährung geschrieben. Stephan Suhner von der Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien hat Grundlagenmaterial zur Rolle der Schweiz in der Entwicklung der Agrotreibstoffe erarbeitet. Ausführliche Informationen zum Thema auf www.agrotreibstoffe.ch. Er wird an der Sommeruni im Workshop «Energiekrise» sprechen.

Die Agrotreibstoffe haben in den letzten drei Jahren eine exponentielle Entwicklung erfahren, gefördert einerseits durch die Angst vor dem Klimawandel und dem Versiegen der Erdölquellen, andererseits durch steuerliche Anreize, Subventionen und gesetzliche Beimischungsvorgaben. Die meisten Agrotreibstoffe wären ohne massive Anreize nicht rentabel, werden so aber zu einer Goldgrube für junge Agrotreibstoffunternehmen wie auch für etablierte transnationale Konzerne. In Deutschland entstand rund um kleine und mittelständische Agrardieselproduzenten ein kleiner Börsenboom. Weltweit gesehen sind es aber v.a. Giganten des Öl- und Energiebereichs und des Agrobusiness, die sich das Geschäft sichern wollen. Erdölkonzerne wie BP und Shell investieren in die Forschung und Produktion von Agrotreibstoffen der 2. und 3. Generation, basierend auf neuen Verfahren der Zellulosevergasung oder der Umwandlung mittels Enzymen. BP ging dazu eine Allianz mit DuPont ein, Shell mit dem Deutschen Pionier Choren. Damit sichern sich die Ölmultis die Ölquellen von morgen und hängen sich ein grünes Mäntelchen um. Konzerne des Agrobusiness wie Monsanto, Bunge, Cargill, Bayer, ADM etc. verzeichnen ebenfalls stark steigende Gewinnraten, da für die Produktion von Agrotreibstoffen neues Saatgut mit spezifischen Technologiepaketen entwickelt wurden, und der Agrarsektor im Moment historische Höchstpreise verzeichnet.

Beispielhaft für das Agrobusiness ein paar Zeilen zur Schweizer Syngenta: Syngenta setzt für ihr zukünftiges Wachstum stark auf Agrotreibstoffe und forscht dazu intensiv an speziellen Mais-, Raps- und Zuckerrübensorten. In Kolumbien, aber auch in Indien und Afrika wird eine tropische Zuckerrübe getestet, die bei einem dreimal kleineren Wasserverbrauch und einer nur fünfmonatigen Wachstumsphase ähnliche Erträge liefert wie Zuckerrohr. Es handelt sich jedoch um eine Pflanze für die industrielle Landwirtschaft, die Kleinbauern werden auch da einmal mehr leer ausgehen. Dank Forschungspartnerschaften mit der Queensland University of Technology in Australien und mit der Diversa Corporation ist Syngenta führend in der Forschung mit Enzymen zur Ethanolproduktion aus Zellulose. Syngenta ist es als erster Konzern gelungen, im Mais direkt ein für die Ethanolherstellung notwendiges Enzym einzubauen, und hat als erstes Unternehmen die Erlaubnis der US Food and Drug Administration für breite Feldversuche erhalten.

Stephan Suhner

>>> Finanzkapitalismus >>>

Oliver Fahrni hat in der WochenZeitung WOZ (Ausgabe vom 3. Mai 2007) einen Artikel über Finanzspekulation veröffentlicht, von dem wir hier einen kurzen Auszug drucken. An der Sommeruni von attac schweiz wird er den Workshop «Finanzkrise, Spekulation und Steuerpolitik» bestreiten.

Wer die Verhältnisse bewegen oder ihnen auch nur ein wenig Spielraum abringen möchte, sollte sich zuerst einen Begriff davon machen, wie sie beschaffen sind – und was sie antreibt. Merkwürdigerweise ist uns die alte, schöne Gewohnheit des Begreifens abhanden gekommen. Für grosse Teile der Linken ist der aktuelle Kapitalismus, unter dem wir arbeiten, unsere Haut zu Markte tragen, Beziehungen knüpfen, Existenzen bauen, nur noch ein blinder Fleck.

Merkwürdig ist das nicht nur, weil das Kapital längst alle Lebensbereiche ökonomisiert, bis hinein ins Intime. Seine Mechanik zu verstehen, um sie besser zu unterlaufen, wäre zumindest eine Frage persönlicher Autonomie. Bizarrer aber ist die Unwilligkeit, den neuen Finanzkapitalismus zu fassen – denn er ist dabei, die Grundlagen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, wie wir sie kennen, zu zerstören.

Der Kapitalismus mutiert. Von einem mächtigen Verwertungstrieb bewegt, hat das Finanzkapital begonnen, die wirtschaftliche Substanz zu plündern, die Generationen geschaffen haben. Swissmetal war das Vorspiel, die feindlichen Übernahmen der alten Schweizer Industriegruppen Oerlikon (ex-Bührle, ex-Unaxis), Saurer, Ascom, Sulzer, Implenia (Bauindustrie) durch Hedgefonds (siehe nebenan) und andere Financiers sind nur der Anfang : Die Demontage der produzierenden Schweizer Wirtschaft läuft.

Der Konflikt wäre also akut und brisant, und es liessen sich wohl auch ziemlich breite Bündnisse schmieden. Aber nichts geschieht. Schwierige Materie ? Schlechtes Kräfteverhältnis ? Ach was. Jetzt, da die Linke, vorab die SP, kaum noch weiss, wie sie heisst und wo sie wohnt, hätte sie, kein geringes Paradox, zum ersten Mal seit dem Generalstreik 1918 eine scharfe Waffe gegen die kapitale Ordnung in der Hand, einen grossen Hebel.

Abgekoppeltes Finanzkapital

Was tun Hedgefonds ? Sie arbeiten als Geldmaschinen für die rund 8000 heftig umworbenen Superreichen der Welt (High Net Worth Individuals), für Banken, Versicherungen und institutionelle AnlegerInnen wie Pensionskassen. Wer bei ihnen Geld einlegt (Mindesteinlage zwischen 20 und 100 Millionen Dollar), ist nicht bekannt – meist bleibt auch im Halbschatten von Bankgeheimnis, Offshoreplätzen und Treuhandfirmen, was die Hedgefonds denn genau machen.

Oliver Fahrni

Was sind Hedgefonds ?

Bis vor kurzem unterschied man grob zwischen Investmentfonds (vergleichsweise streng geregelt), Private-Equity-Fonds (Fonds, die sich auf nicht börsenkotierte Unternehmen spezialisiert haben) und Hegdefonds. Die Trennung wird zunehmend unscharf. Private Equity und Hedgefonds wachsen zusammen, und viele Anleger schichten ihr Kapital aus den Investmentfonds in Hedgefonds um. In wenigen Jahren, vermutet die Banque Pictet, werden Hedgefonds das Instrument aller Investoren sein. Besser würde man sie freilich Desinvestoren nennen.

>>> Letzte Grundsicherung zerschlagen >>>

Vor einiger Zeit hat die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe eine grundlegende Reform der Sozialhilfe verabschiedet. Sie steht unter dem Motto «Arbeit soll sich lohnen» und zielt in Richtung «Workfare». Wir drucken Auszüge aus einem Beitrag von Kurt Wyss ab, der an der Sommeruni von attac schweiz den Workshop «Krise des Sozialstaats» mitgestalten wird, zusammen mit der Soziologin Carola Togni.

Unter «Workfare» oder auch «Welfare-to-Work» ist eine staatliche Politik zu verstehen, deren Hauptziel es ist, alle diejenigen langzeitarbeitslosen Personen, die als vermittlungsfähig angesehen werden, möglichst rasch und unter Einsetzung von Zwangsmitteln wieder in Arbeit zu bringen. Mit dem Wechsel zu «Workfare» vollzieht die Schweiz einen Schritt, den viele andere Länder vor ihr gegangen sind — die USA, Kanada und Großbritannien in den 90er Jahren, jetzt auch verschiedene Länder Kontinentaleuropas.

Die Anfänge des heute sich global durchsetzenden «Workfare» liegen in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts. Zu den zentralen Katalysatoren zählten die konservative US-Regierung unter Ronald Reagan und die dessen Politik stützenden Veröffentlichungen neokonservativer Denkfabriken. Paradoxerweise waren es dann aber sowohl in den USA als auch in Grossbritannien eher sozialdemokratisch orientierte Regierungen, die die neokonservativen Vorgaben landesweit gesetzlich verankerten. Der US- amerikanische Präsident Bill Clinton vollzog den Wechsel zu «Workfare» 1996, Analoges geschah unter Blair in Großbritannien ein Jahr später. Auch in der Schweiz waren es in der zweiten Hälfte der 90er Jahre primär politisch eher linke Städte wie Basel und Zürich, die zuerst mit «Workfare»-Modellen experimentierten und am stärksten Druck machten für die jetzt beschlossene «Reform» der Sozialhilfe.

Umsetzung in der Schweiz

Mit der schweizerischen Sozialhilfereform werden die bisherigen Sozialhilfeleistungen generell um 7% gekürzt. Wird die Teilnahme an Beschäftigungsmassnahmen verweigert, kann es zu weiteren Kürzungen bis hin zur Einstellung der Leistungen kommen. In einem Evaluationsbericht, der die Grundlage für die schweizerische Sozialhilfereform bildet, wird explizit festgehalten, eine «anreizkompatible Sozialhilfe für Erwerbsfähige» impliziere, «dass die Sozialhilfe für nicht erwerbstätige, aber als erwerbsfähig eingestufte Sozialhilfeempfänger auf ein Niveau reduziert werden sollte, das mittelfristig nicht existenzsichernd ist». Dazu wird es nun auch in der Schweiz kommen — die letzte Basissicherung, die von der Sozialhilfe bisher noch einigermassen garantiert war, wird nun zerschlagen.

Kurt Wyss

>>> Nach dem Kapitalismus: Jeden Tag ein bisschen >>>

Wir veröffentlichen einen kurzen Auszug aus dem soeben erschienenen Buch von Beat Ringger (Hrsg.): «Die Zukunft der Demokratie – das postkapitalistische Projekt». Mit Beiträgen von Willi Eberle, Urs Marti, Katrin Meyer, Patrizia Purschert, Beat Ringger, Hans Schäppi und Sarah Schilliger. Rotpunktverlag. Zürich 2008. Beat Ringger wird an der Sommeruni den Workshop «Dogmakrise» zusammen mit Bernhard Walpen bestreiten.

Die neoliberale Marktwirtschaft ist nicht das Ende der Geschichte. Eine andere Welt wäre möglich. In einigen Ländern Lateinamerikas wird diese neue Welt heute wieder gedacht und in Ansätzen praktiziert. Die Skizze einer postkapitalistischen, demokratischen Bedarfswirtschaft.

Kinderbetreuung, private Pflegetätigkeiten und Haushaltsführung gelten in der bürgerlichen Mainstream-Ökonomie nicht als Teil der Wirtschaft, obwohl rund die Hälfte aller geleisteten Arbeit auf diese Bereiche entfällt (Mascha Madörin, «Denknetz-Jahrbuch», 2007). Diese Geringschätzung der privat erbrachten Care Economy steht im krassesten Gegensatz zu allen Erkenntnissen der Psychologie, die längst verstanden hat, welch prägenden Einfluss die Erfahrungen der ersten Lebensjahre auf die Persönlichkeitsbildung ausüben und wie wesentlich sie dafür sind, wie viel ein Mensch von seinen Potenzialen verwirklichen kann.

Statt die Arbeit mit Kindern in die höchsten Ränge zu erheben, wird sie aber im Kapitalismus weitgehend der «privaten» Bürde der Einzelnen überlassen. Und statt zumindest darauf zu achten, dass die private Arbeit mit Kindern unter guten Umständen erfolgen kann, werden durch die zunehmende Prekarisierung der Arbeitswelten die Lebensbedingungen vieler Eltern und ihrer Kinder massiv bedrängt.

Demokratie in Schlüsselbranchen

Als zweiter grosser Wirtschaftssektor ist der Service public nicht direkt der Kapitalverwertung unterworfen: In den entwickelten kapitalistischen Ländern umfasst er rund ein Viertel der Wertschöpfung und einen etwa gleich hohen Beschäftigungsanteil. Der Service public befriedigt individuelle und kollektive Bedürfnisse, deren Erfüllung für das Funktionieren einer Gesellschaft unerlässlich ist und deren Befriedigung deshalb nicht den Profitkriterien untergeordnet werden soll. Welches diese Bedürfnisse sind und was dem Service public zugerechnet wird, ist das Ergebnis sozialer und politischer Auseinandersetzungen.

Die Ebene der Branchen wird in einer postkapitalistischen Gesellschaft eine weitaus grössere Bedeutung erlangen, als dies heute der Fall ist. Während im Kapitalismus Firmen mit ähnlichem Produkteportfolio in scharfer Konkurrenz zueinander stehen und Kooperationen praktisch ausgeschlossen sind, wird in den Schlüsselbranchen einer Bedarfswirtschaft die offene Zusammenarbeit zwischen Betrieben zum Normalzustand. Neue Produkte und Produktionsverfahren werden an Branchenkonferenzen vorgestellt und diskutiert und gelangen, wenn erprobt, über-



all zum Einsatz, wo dies sinnvoll ist. Entwicklungsteams arbeiten betriebsübergreifend zusammen, ebenso Teams, die sich mit der Ergonomie, der Nachhaltigkeit und vielen weiteren Fragen befassen. Ansätze zu einer solchen «Branchendemokratie» finden sich bereits heute in der Informatik im Rahmen der Open-Source-Bewegung. Sie lässt sich auch auf internationaler Ebene entwickeln.

Beat Ringger

>>> Nein zu Schnüffelstaat, Bespitzelung, Abbau von Grun

Wie nötig die Arbeit im Bereich Grundrechte ist, zeigen gerade die jüngsten Fälle von Bespitzelung (fichierte Basler GrossrätInnen, Infiltrierung von attac durch Securitas im Auftrag von Nestlé). attac ruft zum Beitritt zum Verein grundrechte.ch auf – nur gemeinsam können wir uns gegen die Beschneidung unserer Rechte wehren! Catherine Weber von grundrechte.ch wird an der Sommeruni zusammen mit Beatrice Schmid von attac zum Thema «Nestlé-Skandal und Angriff auf die Grundrechte» sprechen.

Der Verein grundrechte.ch wurde Ende September 2006 gegründet – als Nachfolgeorganisation der Stiftung Archiv Schnüffelstaat Schweiz (ASS), die im Zuge der «Fichenaffäre» geschaffen wurde. Hier eine Kurzinfo zu zwei der vielen Dossiers, die grundrechte.ch engagiert verfolgt.

Appell gegen die BWIS-II-Revision

Das nach der Fichenaffäre 1998 in Kraft gesetzte Staatsschutzgesetz (BWIS) gibt dem polizeilichen Inlandnachrichtendienst, dem Dienst für Analyse und Prävention (DAP), enorm weitgehende Befugnisse, heimlich und ohne jeglichen konkreten Verdacht Informationen über Personen und Organisationen zu sammeln und weiterzugeben. Demgegenüber wurde im BWIS das Einsichtsrecht in diese Staatsschutz-Dossiers faktisch abgeschafft. Der Verein grundrechte.ch lanciert deshalb einen Appell an die Mitglieder des eidgenössischen Parlaments, auf diese Verschärfung des Staatsschutzgesetzes nicht einzutreten.

Referendum gegen biometrische Ausweise

Ein überparteiliches Komitee hat das Referendum gegen die neuen biometrischen Ausweise mit Fingerabdrücken ergriffen. grundrechte.ch hat sich bereits mit der Vernehmlassungsantwort vom 8. Januar 2007 entschieden gegen die Speicherung biometrischer Daten in einer zentralen Datenbank ausgesprochen und die Wahlfreiheit für normale resp. biometrische Reisedokumente gefordert. Weil im strittigen Bundesbeschluss weder die eine noch die andere Forderung erfüllt wird, unterstützt grundrechte.ch das Referendum und bittet alle Mitglieder, dieses zu unterzeichnen und dafür Werbung zu betreiben. Die EU-Verordnung verlangt weder biometrische Identitätskarten noch eine Speicherung der bio-

>>> Eine Krise des heutigen Kapitalismus >>>

Die sogenannte Subprime-Krise erschüttert seit Monaten die internationale Finanzwelt. Alleine die UBS hat bisher Abschreibungen in Milliardenhöhe bekannt gegeben. Aber hinter diesen Ereignissen steht nicht nur eine Mischung aus Arroganz, Inkompetenz und Profitgier, vielmehr sind die Ursachen der Krise in der Entwicklungsdynamik des heutigen Kapitalismus selbst zu suchen. Charles-André Udry, einer der RednerInnen an der Sommeruni von attac, legt Zusammenhänge dar (Beitrag gekürzt).

Am 22. Februar 2008 beklagte der Leiter der Schulen von Palm Beach (Florida) einen Skandal: Die Zinsen, die er für die Finanzierung seiner Schulen – mit 170'000 Schulkindern – zahlen muss, sind von 107'000 Dollar im Dezember 2007 auf 220'000 Dollar Anfang 2008 gestiegen.

Damit stehen wir mitten in der «Subprime-Immobilienkrise»: Immobilienkredite an Haushalte mit «unsicherer Zahlungsfähigkeit», wie die Banken... heute sagen.

Es gibt einen unmittelbaren Grund für den Anstieg der Zinsen, die der Schulleiter von Palm Beach bezahlen muss: Die Zinssätze für kurzfristige Darlehen (auf 7 Tage) an Gemeinden sind explodiert. Warum? Weil die Kreditgeber den Gemeinden nicht mehr so einfach Geld leihen wollen. Weshalb? Weil sie nicht sicher sind, dass diese in der Lage sind, die Darlehen zurückzuzahlen, wenn eine Wirtschaftskrise kommt – um so mehr, als ihre Steuereinnahmen bereits sinken und bei einer Rezession einbrechen werden.

Kreditkapitalismus

Was ist ein wichtiger Zug dieser Entwicklung? Lassen wir Alan Greenspan sprechen, den ehemaligen Chef der amerikanischen Zentralbank (1986-2007): „Der Anteil der Löhne am Nationaleinkommen der USA und weiterer Industrieländer liegt heute im historischen Vergleich ausserordentlich tief.“ (Financial Times, 16. 9. 2007) Stephen Roach, der scharfsinnige Chefökonom von Morgan Stanley, macht Ende 2007 an einer Konferenz in China dieselbe Feststellung! Er betont das Ausmass dieser ungleichen Verteilung von Kapitaleinkommen und Löhnen in allen G7- Ländern, mit einer deutlichen Verschärfung seit 2001.

Der Kreditfluss diente als Antwort auf die Überproduktionskrise des Kapitalismus. Wie funktionierte das? Um die in USA produzierten oder durch Wal-Mart aus China importierten Güter zu verkaufen, um neue Häuser zu bauen und verkaufen, um Autos auf dem Markt abzusetzen – und um den durch all diese Waren getragenen Mehrwert zu realisieren – war es notwendig, dass sich die Lohnabhängigen, deren Einkommen stagnierten, stark verschuldeten. So konnte der Konsum ansteigen, auch wenn dies immer mehr im Kontrast zur Einkommensentwicklung der Bevölkerungsmehrheit stand.

Wohin gehen die Gewinne?

Ein Teil der Schlussfolgerung bezieht sich auf eine wichtige Eigenschaft des Kapitalismus von heute. Der Rückgang der Arbeitseinkommen bei der Verteilung des – durch die Arbeit produzierten – Reichtums verursacht einen starken Anstieg der Gewinne vieler Unternehmen. Das zeigt sich an den Gewinnen der börsenkotierten Unternehmen, den enormen Bonuszahlungen für die Topmanager und den Milliarden, die den Aktionären ausbezahlt werden.

Dieses Geld soll zu einem Grossteil in Investitionen fliessen, wird uns gesagt. Doch die Studien über die Entwicklung der Investitionen zeigen auf, dass das nicht stimmt. Ein Grossteil dieses Mehrwerts fliesst nicht wieder in die Produktion, sondern geht andere Wege.

Offensichtlich ist, wenn es auch meistens nicht richtig verstanden wird: Ein wichtiger Teil des Mehrwerts, der den grossen Kapitaleigentümern zufliesst, wird in Finanzkreisläufe gesteckt. Darin liegt die Ursache der so genannten Finanziarisierung des Kapitals. Dieses durch die Banken – unter anderem im Bereich der Vermögensverwaltung – verwaltete Kapital erhebt Anspruch auf einen Teil des Mehrwerts, es beansprucht das Recht für sich, wie ein Blutegel an dem Mehrwert zu saugen, den die Lohnabhängigen weltweit produzieren.

Es gibt nicht zwei Kapitalismen

Es gibt nicht auf der einen Seite den guten Kapitalismus, der Industriegüter herstellt, und auf der anderen den schlechten Finanzkapitalismus, der reguliert werden muss, wie die Sozialdemokraten sagen. Vielmehr existiert eine kapitalistische Logik weltweiter Ausbeutung. Sie stützt sich heute auf einen Weltmarkt für Arbeitskräfte, auf dem Lohnabhängige aus der ganzen Welt in eine Konkurrenz gegeneinander versetzt werden, und auf einen Weltmarkt für Investitionen, der dazu dient, möglichst grosse Gewinne der immer stärker werdenden transnationalen Konzerne zu sichern.

Charles-André Udry

drechten >>>

metrischen Daten. Sie legt aber fest, dass biometrische Daten nur ausgelesen werden dürfen, wenn eine gesetzliche Pflicht zum Vorzeigen eines Ausweises besteht. Neben der völlig unnötigen zentralen Speicherung biometrischer Daten und der Abschaffung nichtbiometrischer Ausweise sieht die Ausweisverordnung des Bundesrats vor, dass biometrische Daten auch von vielen Polizeistellen im Landesinnern gelesen werden dürfen, auch wenn keine gesetzliche Pflicht zum Vorweisen eines Ausweises besteht. Eine Ablehnung des Bundesbeschlusses hat keine negativen Auswirkungen auf Schengen, sofern der Bundesrat zügig eine akzeptable Lösung mit Identitätskarten ohne Biochip und ohne Speicherung biometrischer Merkmale in der Ausweisschriftendatenbank vorlegt.

Unterschriftenbögen für den Aufruf gegen BWIS II und für das Referendum gegen biometrische Ausweise sowie vertiefte Information zu Bespitzelung und Grundrechte auf:

http://www.grundrechte.ch

>>> Europäische Sommeruniversität >>>

Vom 1. bis zum 6. August fand in Saarbrücken die erste Europäische Sommeruniversität (ESU) von attac statt. Idealerweise konnte für diesen Anlass der Campus der Universität des Saarlandes, welcher ein paar Kilometer ausserhalb der Stadt liegt, genutzt werden. Unterkunft (Zeltplatz, Turnhalle), Verpflegung (Mensa), die Aula (attac-Café, Organisationsbüro) und Seminarräume und Hörsääle für die Foren und Workshops waren so innert weniger Minuten zu Fuss erreichbar. Die ausgezeichnete Organisation war ein Grundpfeiler für das gute Gelingen des Anlasses. Insgesamt waren über 800 Attacies aus 28 Ländern anwesend. Davon waren auch fünf Aktivisten aus der Schweiz angereist.
Am Eröffnungsabend stellten sich die attac-Gruppen aus den verschiedenen Ländern vor. Bei den häufig überaus kreativen Inszenierungen erhielt man einen Einblick in die abgeschlossenen und laufenden Aktivitäten der jeweiligen Gruppen.

Gelegenheiten zum gegenseitigen Kennenlernen und zur Vernetzung mit Attacies aus anderen Ländern gab es reichlich. Darauf hatten die Organisatoren viel Wert gelegt. So konnte man schon nach dem Frühstück an einem «Get-to-know-each-other» teilnehmen. Das attac-Café war jederzeit gut besucht. Hier konnten biologische und fair gehandelte Speisen und Getränke genossen werden.

Am Morgen standen zahlreiche mehrtätige Workshops aus den verschiedensten Themenbereichen zur Auswahl. Am Nachmittag fanden grössere Foren statt, die um Themenstränge wie «Soziales Europa» oder «Demokratisierung der Wirtschaft» organisiert waren. Nach Referaten von Leuten von attac und anderen ExpertInnen, fand eine Diskussion im Plenum statt.

Am späten Nachmittag standen nochmals Workshops auf dem Plan. Hier war auch Platz für Singen im Chor, eine Trommelgruppe oder einen alternativen Spaziergang durch Saarbrücken. Das vielseitige Abendprogramm beinhaltete Debatten wie «10 Jahre attac» sowie diverse Konzerte und Partys.

An den sechs Tagen wurde aber nicht nur angeregt diskutiert und ausgelassen gefeiert, sondern es wurden auch konkrete Aktionen geplant. So wurden 15 länderübergreifende Projekte beschlossen. Zu den zentralen Ergebnissen der ESU zählt die Entscheidung von zwölf attac-Organisationen, gemeinsam zwei europäische attac-Kampagnen zu entwickeln: für die Entwaffnung der Finanzmärkte sowie für eine demokratische und soziale Neugründung Europas. Die Forderungen, Materialien und Aktionen der Kampagnen erarbeiten zwei länderübergreifende Koordinierungsgruppen, deren Ergebnisse dann von den nationalen attac-Organisationen bestätigt werden müssen.

Laut ihren Richtlinien zur Förderung der internationalen Zivilgesellschaft hätte die ESU Anspruch auf eine finanzielle Unterstützung durch die EU gehabt. Der Antrag wurde, wahrscheinlich aus politischen Gründen, abgelehnt, da sich attac bekanntlich für ein «anderes», sozialeres Europa einsetzt. Aus diesem Grund klafft ein Loch in der Kasse der ESU, das u.a. durch Spenden gedeckt werden soll.

Weitere und ausführlichere Infos, Bilder und Beiträge von der ESU sind zu finden unter www.european-summer-university.eu

>>> Aufruf zur nationalen Demo „Bleiberecht für alle!“ >>

Mit einer starken, lauten und bunten Demo am 13. September 2008 in Bern wollen wir einen neuen Weg in der Asyl- und Ausländerpolitik vorschlagen: ein Bleiberecht für alle, die hier leben.

Durch sichtbare Aktionen in der Öffentlichkeit, politischen Druck und einer Handvoll Utopie soll der aktuellen Misere im Asyl- und Migrationsbereich entgegenwirkt werden. Denn die Misere ist gross: Auf den 1. Januar 2008 traten die letzten Teile des neuen Asylgesetzes in Kraft. Abgewiesene Asylsuchende dürfen nicht arbeiten und erhalten nur minimale Nothilfe. Sie werden aus den Krankenkassen ausgeschlossen, medizinische Versorgung wird nur noch im Notfall gewährt. Sie leben in der ständigen Angst, ausgeschafft zu werden. Menschen, die vorläufig aufgenommen wurden, leben in einem Dauerprovisorium ohne Perspektiven. Zehntausende von Menschen, die seit Jahren hier leben, blicken einer völlig ungewissen Zukunft entgegen. Ein Leben unter diesen Umständen ist unwürdig und macht krank. Der in der Schweiz vorherrschenden Abwehrhaltung und der Fremdenfeindlichkeit wollen wir etwas entgegensetzen: die kollektive Regularisierung als Alternative zu Abgrenzung, Ausgrenzung und Diskriminierung.

Für diesen neuen Weg brauchen wir alle! 13. September 2008 um 13.30 auf der Schützenmatte in Bern.

www.bleiberecht.ch

attac Schweiz unterstützt die Kampagne «Bleiberecht für alle!» und sieht darin eine Möglichkeit, wieder eine nationale Bewegung anzutreiben, welche für die wahren Bedürfnisse der MigrantInnen einsteht. Gleichzeitig sieht attac Schweiz darin aber auch eine grosse Herausforderung: Wie können die Interessen der MigrantInnen mit verschiedenen Aufenthaltsbewilligungen gedeckt werden (1) ? Wie kann die Solidarität der Schweizer Bevölkerung, der Gewerkschaften, der politischen Parteien und der humanitären Organisationen erreicht werden?

Einen zentralen Punkt in dieser Debatte sehen wir im gemeinsamen Element der betroffenen Personen, nämlich in der Arbeit. Seit eh und je hat die wirtschaftliche und politische Elite die Karte der Spaltung der Lohnabhängigen gespielt. Zum Beispiel weisen die Angriffe auf das Asylrecht, auf das Budget im Asylbereich darauf hin, dass die führenden Milieus wissen, dass ein Sans-Papiers «weniger kostet» als ein Asylsuchender und dass er den «Bedürfnissen der Wirtschaft» besser entspricht. So werden die ausländischen ArbeiterInnen als Druckmittel gegen die schweizerischen ArbeiterInnen, MigrantInnen mit prekärem Status gegen MigrantInnen mit mehr oder weniger stabilem Status «benutzt».

Aus dieser Perspektive muss das «Bleiberecht für alle!» nicht nur Fragen der humanitären Ethik stellen, sondern die gemeinsamen Interessen lohnabhängiger Menschen integrieren. Auch Schweizer Lohnabhängige profitieren vom Zugang zu gewerkschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Rechten für MigrantInnen. Gewerkschaften würden

>>> Officine: Nach dem Streik bei SBB Cargo >>>

Wir drucken hier den Aufruf zur zweiten öffentlichen Versammlung über Bilanz und Perspektiven des Streiks bei SBB Cargo im Tessin vom Frühling 2008 ab. Gianni Frizzo und Matteo Pronzini, die eine massgebliche Rolle bei diesem Streik gespielt haben, werden im Rahmen der Sommeruni im Workshop 5 mit Thema «Soziale Krise und neue Formen der Solidarität» sprechen.



Schaffen wir uns eine, zwei, hunderte Officine!

Für eine Gewerkschaftsbewegung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Samstag, 20. September 2008 in Rodi (Tessin)

Liebe Genossinnen und Genossen

Am vergangenen 31. Mai sind wir in Bellinzona zusammengekommen, um eine Diskussion zu beginnen. Eine Diskussion darüber, was heute ein Syndikalismus der Arbeiterinnen und Arbeiter bedeutet. Ausgehend von unserer Erfahrung im Kampf in den Officine, schien es uns möglich, Gedanken zu einer gewerkschaftlichen Tätigkeit vorzuschlagen, die sich in eine ganz bestimmte Richtung bewegen müsste.

In erster Linie ein Syndikalismus, in welchem die Rolle der Arbeiterinnen und Arbeiter grundlegend und entscheidend ist. Es sind die Arbeiterinnen und Arbeiter, die bestimmen, wofür, wie und wo sie kämpfen wollen. Sie sind es, die über alles, was sie betrifft, zu entscheiden haben. Mit andern Worten: Ohne dass die ArbeiterInnen als Protagonisten in dieser Rolle tätig werden (und nicht bloss bereits getroffene Entscheide genehmigen), kann es keinen Syndikalismus geben, der diesen Namen verdient.

Zudem haben wir feststellen können, wie wichtig es ist, vor allem einmal Nein zu sagen zu jenen Projekten und Vorschlägen, die gegen die Interessen der ArbeiterInnen gerichtet sind. Um diesen entschlossenen Widerstand herum müssen sich die ArbeiterInnen in Bewegung setzen und jene Kräfteverhältnisse aufbauen, ohne deren Vorhandensein das Eintreten auf Diskussionen, die Aufnahme von Verhandlungen und ähnliche Dinge nur das Vorzimmer der Kapitulation sind.

Wir haben weiter gesehen, wie die Verteidigung der Arbeiterinteressen immer mehr dazu neigt, mit den Denkweisen zusammenzuprallen, die heute im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen System des Kapitalismus vorherrschen. Ausgehend von einfachen Forderungen (wie das Recht, den Arbeitsplatz zu verteidigen) gelangt man sofort zu grundlegenden Problemen, die mit der Logik eines immer absurderen Systems zusammenhängen, das die absolute Vorherrschaft des Profits sicherstellen will.

Schliesslich haben wir gesehen, dass es auch in der Schweiz möglich ist, lange und harte Kämpfe erfolgreich zu führen.

Alle diese Dinge sind auch am [ersten derartigen Treffen vom] 31. Mai gesagt worden, auf verschiedene Art, in Wiederholungen und vielleicht ein wenig verworren. Die Zeit hat uns gefehlt, um sie zu vertiefen und vor allem, um diese Visionen gewerkschaftlicher Tätigkeit mit konkreten Themen zu verbinden, die heute für alle Lohnabhängigen in der Schweiz unbedingt auf der Tagesordnung stehen. Und wir haben auch nicht die Zeit gehabt, um ausgehend von der Erfahrung in Bellinzona und am 31. Mai darüber nachzudenken, wie dem Willen, einen Syndikalismus der Arbeiterinnen und Arbeiter in diesem Land zu schaffen und zu entwicklen, Beständigkeit gegeben werden kann.

Wir denken, dass es notwendig ist in dieser Richtung weiterzufahren, und schlagen deshalb ein zweites nationales Treffen vor, das am Samstag, 20. September 2008 in Rodi (Tessin, 10 min vom Gotthard-Tunnel) stattfinden wird.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir über folgende Themen diskutieren:

- Löhne, Kaufkraft und Lohndumping
- Beschäftigung, Arbeitsmarkt und Prekarisierung,
- Frauen und Gewerkschaft
- Aktuelle Politik des öffentlichen Verkehrs in der Schweiz und in Europa

Neben diesen Themen werden wir darüber diskutieren müssen, wie unsere Tätigkeit weitergeführt werden soll, d.h. wie wir uns organisieren können, um ein Netzwerk aufzubauen, das die Arbeit vorantreiben kann mit Untersuchungen, Diskussionen, Erfahrungsaustausch und Stellungnahmen all jener, die an die Notwendigkeit und Möglichkeit eines Syndikalismus der Arbeiterinnen und Arbeiter glauben.

Das Streikkomitee der SBB-Werkstätten von Bellinzona

Weitere Informationen und Anmeldung:
http://www.officine.unia.ch/

>>

nicht mehr den gleichen Fehler begehen wie in den 70er Jahren in der Zeit der Wirtschaftskrise, als sie die Rückführung von ca. 300'000 migrantischen Saisonarbeitern unterstützt haben. Und linke Parteien könnten eine wahre Alternative zum xenophoben und rassistischen Diskurs der konservativen Rechten entwickeln. Letztere hetzt die Schweizer ArbeiterInnen gegen migrantische ArbeiterInnen auf und propagiert die Einheit der nationalen Gemeinschaft (Solidarität zwischen Schweizer ArbeiterInnen und Bossen), treibt aber schlussendlich die Ausbeutung aller ArbeiterInnen voran.

Dass die verschiedenen regionalen Kollektive breit mobilisieren können, wurde schon bewiesen. Auf nationaler Ebene wird alles getan, um die regionalen Mobilisierungen gesamtschweizerisch zu verankern. Politische Erfolge der Bewegung können jedoch ausschliesslich durch konkrete politische Forderungen erlangt werden, welche, wie oben erwähnt, alle Betroffenen miteinschliessen müssen.

(1) Hier ein Überblick über die Vielzahl der Aufenthaltsbewilligungen der Schweiz: B (Aufenthaltsbewilligung), C (Niederlassungsbewilligung), G (Grenzgänger), L (Kurzzeitbewilligung für Drittstaaten-Mitglieder), F (für vorläufig Aufgenommene), N (für Asylbewerber), S (für Schutzbedürftigte), hinzu kommen noch die Sans-Papiers und die NEE-Betroffenen (Nichteintretensentscheid).

>>> Internationaler Protesttag gegen multinationale Konzerne >>>

Am 22. Juli 2008 wurden in verschiedenen schweizer Städten Aktionen gegen die Politik der Konzerne und insbesondere von Nestlé durchgeführt, in Solidarität mit Protesten, die gleichentags in Kolumbien stattfanden. Der hier abgedruckte Aufruf dokumentiert die Ziele der Aktionen.

Schweigeminuten für die Opfer der Nestlé-Politik

Gewerkschaften und soziale Bewegungen in Kolumbien rufen am 22. Juli zu einem internationalen Protesttag gegen die Politik diverser multinationaler Konzerne auf – u.a. auch der umsatzstärksten Schweizer Konzerne Nestlé und Glencore. Wieso? Die Milliarden-Gewinne dieser Konzerne werden auf Kosten der Arbeitnehmenden, der lokalen Gemeinschaften, der Umwelt und nicht zuletzt auch der KonsumentInnen erzielt.

Die Opfer der Nestlé-Politik...

...Die Mitarbeitenden. Personalabbau, Produktionsverlagerungen, Umwandlung von festen in temporäre Beschäftigungsverhältnisse etc. Nestlé-Mitarbeitende weltweit müssen sich gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen wehren. Ebenfalls kritisiert wird die gewerkschaftsfeindliche Politik des Konzerns. Erst gerade musste die Gewerkschaft bei Nestlé Russland während 6 Monaten u.a. auch mit einer internationalen Kampagne ihr grundlegendes Recht auf Lohnverhandlungen erkämpfen.

...Die LandwirtInnen. Durch die monopolartige Stellung des Nestlé-Konzerns in vielen Märkten (z.B. Kaffee, Milch) und subventioniertem (konzerninternem) Import von Rohstoffen übt Nestlé grossen Druck auf die Produzentenpreise aus – zum Nachteil der LandwirtInnen. In Jamaica z.B. wurde dadurch die lokale Frischmilchproduktion fast vollständig zerstört.

...Die Umwelt. Durch Übernutzung hat Nestlé Waters z.B. das ökologische Gleichgewicht eines Wasserparks in Brasilien nachhaltig zerstört. Mit unzähligen Nespresso-Alukapseln produziert Nestlé ein Abfallproblem, wo es gar keines gäbe - Kaffee ohne Kapseln ist billiger und ökologischer.

...Die KonsumentInnen. Trotz des Nestlé-Gütesiegels ist die Qualität der Nestlé-Produkte nicht über jeden Zweifel erhaben. So wurden z.B. in Kolumbien mehrere Tonnen abgelaufenes Milchpulver beschlagnahmt, welches umetikettiert und mit neuem Verfalldatum versehen wurde. Ausserdem propagiert Nestlé die Gentechnik – gegen den Willen von vielen KonsumentInnen.



... und von der Gewerkschaft SINATRAINAL in Bogota / Kolumbien



Aktion von attac in Bern ...

Wir halten deshalb heute inne für Schweigeminuten für die Opfer der Nestlé-Politik!

Schweigeminuten im doppelten Sinne des Wortes: Viele der Opfer können sich nämlich gar kein Gehör verschaffen und werden zum Schweigen gezwungen – der Konzern ist mächtig, und sein Einfluss auf Politik und Medien ist gross. Übrigens: Im Umgang mit Kritik scheint Nestlé jedes Mittel recht. So ist vor Kurzem aufgeflogen, dass Nestlé die private Sicherheitsfirma Securitas beauftragt hatte, die globalisierungskritische Bewegung attac, die an einem Buch zu Nestlé arbeitete, zu infiltrieren. attac und die BuchautorInnen haben inzwischen Klage eingereicht. Am 23. Juli 2008 wird die erste Einvernahme stattfinden.

An dieser Nummer haben sich beteiligt:
Marianne Aeberhard, Marco Büchel, Maurizio Coppola, Michel Pellaton, Ba Rimml, Karin Vogt

Kontakt

Auf einen Artikel reagieren? Einen Text zur Veröffentlichung vorschlagen? Bei attactuell mitmachen? Gerne! Kontaktadresse: attactuell@attac.org, oder über eine der drei Deutschschweizer attac-Sektionen:

attac basel,
Postfach, 4002 Basel, basel@attac.org, www.local.attac.org/basel
attac bern,
Postfach 520, 3000 Bern 9, bern@attac.org, www.attac-bern.ch
attac zürich,
Postfach 7674, 8023 Zürich, zurich@attac.org, www.local.attac.org/zurich

Wer sich für die Mitarbeit in einer attac-Sektion interessiert oder auch einfach einmal reinschauen möchte, ist jederzeit herzlich willkommen. Infos über geplante Termine und Sitzungen sind bei den Gruppen erhältlich. Bis bald!